



Council of the  
European Union

093815/EU XXVII. GP  
Eingelangt am 17/03/22

Brussels, 17 March 2022  
(OR. en, de)

7244/22  
ADD 1

AGRI 98  
AGRIFIN 31  
AGRIORG 33

#### NOTE

From:	General Secretariat of the Council
To:	Delegations
No. prev. doc.:	7099/22
Subject:	Situation on agricultural markets following the Russian invasion of Ukraine Member states' reaction to the Commission proposals

Delegations will find in the Annex the German delegation's comments on the Commission non paper contained in document 7099/22 on the handling of the situation of the agricultural sector and markets following the Russian invasion of Ukraine.

## **Stellungnahme der deutschen Delegation im Sonderausschuss Landwirtschaft**

Die deutsche Delegation übermittelt hiermit dem Ratssekretariat im Nachgang zu der Sitzung des Sonderausschusses Landwirtschaft am 14. März 2022 folgende Stellungnahme zu dem Non Paper der Kommission (Dokument des Rates Nr. 7099/22 vom 13. März 2022):

### Vorbemerkung:

Wegen der **hohen Energiepreise** und der Verknappung und Verteuerung des **Düngemittelangebotes** und auch des Wegfalls wichtiger Exporte aus der Ukraine und aus Russland, kommt es zu Verknappungen auf dem Markt für Futtermais. Für den Bio-Sektor fehlt vor allem Soja aus der Ukraine, das nicht gentechnisch verändert ist.

Wir halten - im Einklang mit dem European Green Deal - an unserem wichtigen Ziel einer **nachhaltigen Landwirtschaft** fest, die Klimaschutz und Biodiversität voll berücksichtigt. Wir sollten daher gerade mit dem Ziel der Ernährungssicherung ein nachhaltiges und auch stärker regional orientiertes Ernährungs- und Landwirtschaftssystem anstreben.

Der **freie Handel und offene Märkte** sind in der derzeitigen Situation von großer Bedeutung. Für die Funktionsfähigkeit der globalen Lebensmittellieferketten ist es aus unserer Sicht wichtig, dass insbesondere der innereuropäische Handel reibungslos funktioniert. Handelsbeschränkungen sind in der derzeit angespannten Marktlage völlig kontraproduktiv. Denn sie verschärfen die Versorgungslage und sind für die betroffenen Handelsunternehmen existenzbedrohend. Die Kommission muss daher sicherstellen, dass der Handel innerhalb EU weiter reibungslos funktioniert und die Versorgungssicherheit gewährleistet wird.

Zu den im oben genannten Non-Paper der Kommission aufgeführten Maßnahmen nehmen wir wie folgt Stellung:

1) Eine Beihilfe für die **private Lagerhaltung von Schweinefleisch** halten wir zum jetzigen Zeitpunkt nicht für zielführend, weil sich in vielen EU-Mitgliedsstaaten derzeit - wie auch in Deutschland - eine Markterholung abzeichnet. Die Fleischwirtschaft will eingelagertes Schweinefleisch zur Grillsaison flexibel auslagern können. Dafür wären im Falle der Inanspruchnahme einer Beihilfe zeitlich enge Grenzen gesetzt.

2) Die Kommission hatte im SAL am 7. März 2022 ausgeführt, dass die **Maßnahme nach Artikel 219 der GMO** auf die **Förderung von Resilienz und Nachhaltigkeit** ausgerichtet sein sollte. Wir unterstützen diese Ausrichtung. Die Mitgliedstaaten sollten in die Lage versetzt werden, auch Transformationsmaßnahmen gezielt zu unterstützen. Wenn eine horizontale Maßnahme geplant ist, sollten geeignete Mittel gefunden werden, um die Förderung auf diejenigen Betriebe auszurichten, die besonders von den hohen Betriebsmittelpreisen infolge der Krise betroffen sind. Wir halten harmonisierte Maßnahmen und Zielvorgaben für vorzugswürdig, so dass gleiche Wettbewerbsbedingungen im Binnenmarkt sichergestellt sind.

Die deutsche Delegation begrüßt mit Blick auf die **Finanzierung der Maßnahme** die Ankündigung der KOM, die Möglichkeit der prioritären Nutzung von zweckgebundenen Mitteln zu prüfen.

3) Die Überlegungen hinsichtlich der Ausweitung der Datenerfassung der privaten Lagerbestände nehmen wir zur Kenntnis.

4) Die **Freigabe des Aufwuchses auf ökologischen Vorrangflächen** für die Futternutzung unterstützt Deutschland als Beitrag zur Versorgung der Tierbestände. Wir verfolgen dabei die Ziele des Green Deal und der Farm-to-Fork-Strategie konsequent weiter. Letztlich sind auch der Umfang der Tierhaltung und die Relationen der Erzeugung für Nahrungszwecke, Futterzwecke und Energieerzeugung Stellschrauben, die wir mittelfristig nutzen müssen.

5) Der neue „**Temporary Crisis Framework**“ wird von uns begrüßt. Es sollten aber auch Sonderregelungen für die Sektoren Land-, Ernährungs- und Forstwirtschaft sowie Fischerei aufgenommen werden. Denn die genannten Sektoren leiden gegenwärtig unter den durch die Krise verursachten Preisanstiegen und Beeinträchtigungen im Warenverkehr. Dabei sollten die Formulierungen in den Ziffern 22 und 23 im “Temporary Framework for State aid measures to support the economy in the current COVID-19 outbreak” inhaltlich übernommen werden, damit direkte Zuschüsse für investive Maßnahmen, rückzahlbare Zuschüsse und steuerliche Vergünstigungen möglich sind.

Die deutsche Delegation behält sich eine weitere Stellungnahme im Lichte der sich derzeit schnell ändernden Umstände vor.

---